

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft

Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736 0, Fax: - 5736-203

sekretariat@koelner-hug.de

www.koelner-hug.de



Pressedienst

An die
Lokalredaktion

Köln, den 05.08.2011

Kein Grund zur Freude

Köln hat immer noch zu wenige Wohnungen

„Der Wohnungsbau boomt, Anstieg um 50 Prozent“. Mit dieser euphorischen Wortwahl weist die Stadt Köln auf eine leichte Besserung bei den Genehmigungszahlen für den Wohnungsbau hin.

„Kein Grund zur Freude“ resümiert der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein die neuen Zahlen der Stadt, denn die Fertigstellungen bleiben auf dem langfristigen Vorjahresniveau. Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Vereins: „Der Anstieg um 50 Prozent relativiert sich schnell wenn man bedenkt, von welchem Niveau wir kommen. Auch die Gründe liegen nicht in der Wohnungspolitik der Stadt, sondern sind eher der Finanzmarktkrise und der damit verbundenen Renaissance des „Betongolds“ geschuldet.“

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein erinnert daran, dass in der großen Studie des IW Köln aus dem letzten Jahr im Auftrag der Kölner Wohnungswirtschaft festgestellt wurde, dass es für Köln in den Jahren 2011 bis 2015 einen Neubaubedarf von 3.000 bis 4.000 Wohnungen jährlich gebe und in den Jahren 2016 bis 2020 immerhin noch rd. 2.500 bis 3.700 Wohnungen fertiggestellt werden müssten, um den Wohnungsbedarf zu decken. Tewes: „Wenn man diese Ziele sieht, dann bedarf es noch gehöriger Anstrengungen. In den vergangenen Jahren war überhaupt nicht daran zu denken, den Bedarf auch nur einigermaßen erfüllen zu können.“

Der mangelnde Wohnungsbau macht sich vor allem bei den Preisen bemerkbar. Tewes weiter: „Bei Eigentumswohnungen werden heute Preise bezahlt, die vor 5 Jahren noch undenkbar waren. 4.000 € für den Quadratmeter in Süß für eine Wohnung ohne Besonderheiten ist heute nichts Außergewöhnliches. Auch die Mieten ziehen weiter an.“ Der Wohnungsmangel macht sich besonders am Preisanstieg für kleinere Wohnungen bemerkbar. Hier sind überproportionale Steigerungsraten zu verzeichnen, weil größerer Wohnraum für viele Menschen unerschwinglich geworden ist.

Der Verein fordert seit Jahren erheblich mehr Baulandausweisung und günstigere Baulandpreise. Tewes: „Die Stadt muss sich überlegen, ob sie beim Bauland einmalig etwas weniger Erlös erzielt oder langfristig für die Mietzahlungen von Wohnungssuchenden aufkommen muss.“ Auch die Forderung nach einem „Wohnungsbaukosten“ sei noch nicht erfüllt worden. Dieser könne durch Koordination Bauwilligen schnell und unkompliziert bei der Verwirklichung von Wohnraum behilflich sein.